

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Wirtschaftsausschuss
des Landtages Schleswig-Holstein

Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/4676

Stellungnahme des DGB zum Antrag der Fraktion der FDP „Unternehmensgründungen erleichtern“ (Drucksache 18/3085) sowie des Änderungsantrages der Fraktion der CDU „Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen“ (Drucksache 18/3117)

29. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Vogt,
sehr geehrte Damen und Herren,

Uwe Polkaehn
Vorsitzender
DGB Bezirk Nord

uwe.polkaehn@dgb.de

Telefon: 0402858202
Telefax: 0402858235

der Wirtschaftsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Stellungnahme zu den o.g. Anträgen (Drucksache 18/3085 und 18/3117) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

UP/KK

Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

Der DGB begrüßt jegliche Initiativen die das Land voranbringen und den zukünftigen Wohlstand des Landes sichern.

nord.dgb.de

Folgendes möchten wir zu den aufgestellten Forderungen im FDP-Antrag (18/3085) anmerken:

Zu 1.: Die Forderung nach einem bürokratiefreien Jahr ist sicherlich populär. Wer wünscht es sich nicht? Jedoch möchten wir zu bedenken geben, dass sich zahlreiche Vorschriften je nach Unternehmensgründung aus Gründen des Brand-, Verbraucher-, Arbeits- oder Gesundheitsschutzes etc. ergeben, welche zum Großteil der Allgemeinheit zugutekommen. Zudem möchten wir darauf hinweisen, dass aus Gerechtigkeits- und Konkurrenzschutzgründen gleiche Regeln für neu zu gründende und bestehende Unternehmen gelten müssen. Bestehende Unternehmen sind aus unserer Sicht ebenso schützenswert wie neu zu gründende Unternehmen. Weiterhin könnten bürokratie- und damit wohl einhergehende genehmigungsfreie Neugründungen z.B. in der Biochemie die Akzeptanz in der Bevölkerung für neue Technologien schnell schwinden lassen und damit im Endeffekt sogar kontraproduktiv wirken.

Zu 2.: Zu Recht haben alle Parteien im schleswig-holsteinischen Landtag vielfach auf die derzeitige Belastungssituation für Schüler und Schülerinnen aufgrund verdichteter Curricula verwiesen. So auch dankenswerterweise die antragstellenden Parteien. Auch

die Belastungssituation für Lehrkräfte ist aufgrund neuer Aufgaben in den letzten Jahren beständig angestiegen. Neben der Wahrung der Allgemeinbildung wird gern auf die zusätzliche Förderung von fremdsprachlichen Kenntnissen, der Förderung der Berufsorientierung, kulturellen Angeboten oder auch der MINT-Fächer verwiesen. Daher schlagen wir vor, jede weitere Forderung nach weiteren Unterrichtsinhalten mit einem Vorschlag zu verbinden, in welchem Bereich hierfür gekürzt werden kann.

Zu 3.: U.E. bestehen bereits etliche Kooperationsmöglichkeiten. Angesichts der oben geschilderten Belastungen erscheint uns eher die Nutzung der bestehenden Möglichkeiten das Kernproblem zu sein. Hier sind neben engagierten Schulen auch engagierte Unternehmen gefragt.

Zu 4.: Unserer Kenntnis nach werden die Rahmenbedingungen für wissens- und technologiebasierte Ausgründungen über das laufende Landesprogramm Wirtschaft (LPW) deutlich verbessert und gefördert. Unklar bleibt uns was darüber hinaus konkret notwendig wäre.

Zu 5.: Unserer Ansicht nach haben fast alle Kammern in den letzten Jahren ihre Existenzgründungsberatung ausgebaut und sehr professionalisieren können, so dass der geforderte zentrale Ansprechpartner bereits existiert. Unserer Beobachtung nach ist auch die englischsprachige Beratung in den Kammern kein Problem. Ggf. können hier auch die bei der IB.SH vorhandenen Ressourcen verstärkt einbezogen werden.

Zu 6: Im Zuge der erst kürzlich erfolgten Neuausrichtung der gesamten Wirtschaftsförderung mit Beginn der neuen EU-Förderperiode wurden und werden u.E. sämtliche Wirtschaftsförderinstrumente auf ihre Gründerfreundlichkeit überprüft. Mit einer weiteren Prüfung würden unangemessen Ressourcen gebunden.

Zu 7.: Gerade junge Unternehmen sollten ihren Aufwand und ihre Kosten fest im Blick haben. Eine gute Buchführung ist hierfür ebenso Voraussetzung wie für die Kreditwürdigkeit bei Geldgebern. Die Reduzierung von oberflächlich als lästig empfundenen Buchführungspflichten anzugehen, kann sich daher für Existenzgründer schnell als Bumerang erweisen.

Zu 8.: Mindestens aus Gründen der Steuergerechtigkeit als auch aus Gründen des Schutzes für bereits bestehende Unternehmen lehnen wir eine Steuerpolitik welche sich auf das Alter von Unternehmen stützt ab und befürworten eine Steuerpolitik entlang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Steuerliche Entlastungen für Unternehmen gab es in den letzten Jahrzehnten mehrfach und in einem Ausmaß, das in der EU nur mühsam seines gleichen findet.

Zudem sprechen wir uns gegen alle Steuerreformen aus, welche die Einnahmehasis von Bund, Land oder Kommune angesichts bestehender großer gesellschaftlicher Herausforderungen (Infrastruktur, Bildung, Demografie) weiter schwächt.

Zu den aufgestellten Forderungen im CDU-Antrag (18/3117):

Zu 3.: Die Forderung „bestehende Hürden bei Unternehmensgründungen von Migranten ... zu fördern“ lehnen wir ab.

Zu 4.: Auch hier sieht das LPW die Stärkung der Vernetzung bereits vor, ebenso wie eine Förderung. Darüber hinaus gehende Forderungen müssten konkretisiert werden.

Zu 5.: Aus unserer Sicht ist der notwendige Sachverstand für unterschiedlichste Genehmigungsverfahren kaum zu bündeln und wäre ggf. auch nicht zielführend (vgl. unsere Anmerkungen zur Forderung 1 des FDP Antrages in diesem Schreiben)

Zu 6.: Auch der DGB befürwortet einen verstärkten Breitbandausbau im ländlichen Raum im Rahmen einer insgesamt verstärkten Investitionstätigkeit von Bund, Ländern und Kommunen. Dazu müssen aber auch deren Einnahmensituation deutlich verbessert werden, zumindest aber die im Wege der Schuldenbremse eingeschränkten Spielräume zugunsten von Investitionen gelockert werden.

Zu 8.: Angesichts bereits bestehender Förderprogramme (siehe z.B. LPW, IB.SH, MBG) sollte die Forderung konkretisiert werden. Ansonsten halten wir den Zugang für Unternehmen in der Gründungsphase momentan für ausreichend.

Bezüglich der Forderung nach der Verankerung der Lehrinhalte verweisen wir auf unsere Antwort auf Forderung 2 des FDP Antrages in diesem Schreiben.

Gern stehen wir Ihnen für Rückfragen zur Verfügung.

Freundliche Grüße

A handwritten signature in black ink, reading 'Uwe Polkaehn'. The signature is written in a cursive, flowing style.

Uwe Polkaehn